

„Es müsste geklotzt werden“

BZ-INTERVIEW mit dem Freiburger Wirtschaftsprofessor Oliver Landmann über die Flaute nach der Finanzkrise

FREIBURG. Muss die Bundesregierung nach den Banken die ganze Wirtschaft vor dem Absturz retten? Noch nicht, sagt der Schweizer Ökonom Oliver Landmann, der an der Universität Freiburg lehrt. Falls die Rettungspakete für die Finanzmärkte aber verpuffen, sollte der Staat die Wirtschaft mit Konjunkturprogrammen stützen. Darüber und über die Lehren aus der Finanzkrise sprach Ronny Gert Bürckholdt mit ihm.

BZ: Herr Landmann, Bankenrettung, Regulierung, Konjunkturprogramme – erleben wir in diesen Wochen eine Renaissance des Staatsdenkens?

Landmann: Der marktwirtschaftliche Gedanke ist schon länger in der Defensive. In der Debatte über die Globalisierung ist vielfach behauptet worden, dass ein freier Markt nicht gut für die Menschen sei. Das Desaster an den Finanzmärkten stärkt diese Auffassung und verstärkt den Ruf nach dem Staat. Ich sehe die Gefahr, dass das Pendel zu weit ausschlägt, dass man wegen der Finanzkrise den Staat in Aufgaben hineindrängt, für die er nicht geeignet ist. Ausgeprägt sehen wir das in Frankreich, wo Präsident Sarkozy die Krise zum Anlass nehmen will, eine umfassende Industriepolitik auf die Beine zu stellen. Der Staat soll dort die industrielle Struktur der Volkswirtschaft schützen und lenken. Das ist sehr problematisch.

BZ: Die Franzosen trauen dem Staat traditionell eher als dem Markt. Insofern sind die Pläne Sarkozys nur konsequent.

Landmann: Das stimmt. In Frankreich griff der Staat stets stärker in die Wirtschaft ein als anderswo. Nun erhält der Interventionismus weiter Auftrieb. Andererseits sind aber aus Frankreich auch Gedanken gekommen, die absolut richtig sind. Sarkozy war der erste in Europa, der gesagt hat, man könne der Finanzkrise nur mit einer gemeinsamen Rettungsaktion begegnen. Deutschland hat lange gebremst. Das war falsch. Weil Banken untereinander über alle Grenzen hinweg Geschäfte machen, weil sie so eng global vernetzt sind, kann eine nationalstaatliche Rettungsaktion oder eine nationalstaatliche Regulierung die Probleme auf Dauer nicht lösen.

BZ: Ihrer Ansicht nach sollte der Staat also jetzt die Finanzmärkte stärker regulieren, aber sich sonst aus der Wirtschaft heraushalten?

Landmann: Der Staat sollte nicht die Strukturen der Wirtschaft lenken wollen. Er muss auf zwei Dinge achtgeben. Das eine ist, die Finanzmärkte zu regulieren, eine Ordnung zu schaffen, innerhalb derer die Märkte effizient funktionieren können. Darin hat er, wie die Finanzkrise zeigt, kolossal versagt. Das Zweite ist, die Konjunktur zu stabilisieren. Dazu ist in Europa in erster Linie die Europäische Zentralbank mit ihrer Geldpolitik in der Lage.

BZ: Braucht Deutschland jetzt ein staatliches Konjunkturprogramm?

Landmann: Es kommt wesentlich darauf an, ob das Rettungspaket für die Finanzmärkte wirkt, ob Banken sich untereinander und den Unternehmen wieder Geld leihen. Wenn das geschieht, sehe ich keine Notwendigkeit für staatliche Konjunkturprogramme. Hat die Bankenrettung Erfolg, sollte die Europäische Zentralbank die Zinsen weiter senken, was die Wirtschaft ankurbeln würde. Wenn aber das Rettungspaket keinen Erfolg zeigt, dann wirken Zinssenkungen nicht. Denn wenn sich die Banken nicht mehr trauen, Geld auszuleihen, helfen auch niedrige Zinsen

nichts. Zusätzliche Liquidität wird dann einfach gehortet. Ein zweites Szenario, in dem sich ein Konjunkturprogramm in Deutschland aufdrängen würde, wäre, wenn sich die deutsche Konjunktur wesentlich stärker abschwächt als im restlichen Europa. Hierfür gibt es derzeit aber keine Anzeichen.

BZ: Falls das Rettungspaket nicht wirkt und ein Konjunkturprogramm kommt – sollen wir Häuser dämmen, Autobauer subventionieren, Steuern und Abgaben senken oder etwas ganz anderes tun?

Landmann: Ich hoffe sehr, dass es nicht zu einem solchen Szenario kommt. Falls doch, wird geklotzt werden müssen. Ein Zückerchen für die Autobranche hier, ein Zückerchen für das Handwerk dort – das ist zu wenig. Ich halte Steuersenkungen für gut. Besser sind Senkungen der Sozialabgaben, fokussiert auf niedrige Einkommen, weil dort der konjunkturelle Effekt am größten wäre und positive Anreize auf dem Arbeitsmarkt gesetzt würden. Zudem sollten Investitionen steuerlich begünstigt werden.

BZ: Ließen sich mit Subventionen für die Gebäudesanierung zwei Ziele gleichzeitig erreichen: Die Konjunktur ankurbeln und den Klimawandel bekämpfen?

Landmann: Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein Ziel für sich. Er sollte nicht auf ein Konjunkturprogramm angewiesen sein. Mit Konjunkturpolitik bekämpft man eine schlechte Konjunktur, mit der Klimapolitik ein schlechtes Klima.

BZ: Die Bundesregierung will den Bürgern schon 2009 erlauben, mit den Beiträgen für die Krankenkasse ihre Steuerlast zu mindern und nennt dies ein Konjunkturprogramm. Wenn man auch über Verteilungsgerechtigkeit nachdenkt, dann muss man doch sagen, dass das nur den Menschen etwas bringt, die viel Steuern zahlen, also viel verdienen.

Landmann: Das ist prinzipiell richtig. Aber die Politik erfüllt mit diesem Schritt ja nur eine Auflage des Verfassungsgerichts. Auch hier gilt: Man sollte nicht mehrere Ziele – also etwa Stabilisierungs- und Verteilungsziele – vermischen. Will man die Konjunktur stützen, stellt sich nur die Frage, was am besten wirkt. Dies ist bei niedrigeren Abgaben für niedrige Einkommen der Fall.

BZ: Wie viel Geld müsste denn die Bundesregierung ausgeben?

Landmann: Sicher ist: mal sechs Milliarden hier, mal neun Milliarden dort, wie sie uns vom Kanzleramt jetzt vorgerechnet

werden – das wird nicht reichen. Wenn ein Konjunkturprogramm nötig werden sollte, wird es mit der großen Kelle angefüllt werden müssen. Es würde deutlich mehr kosten, als zum Beispiel die letzte Mehrwertsteuererhöhung eingebracht hat. Das Ziel des ausgeglichenen Haushalts müsste dann hintanstehen.

BZ: Konjunkturprogramme früherer Jahrzehnte gelten aus heutiger Sicht als Geldverbrennung. Die Wirkung verpuffte, die Staatsschulden blieben. Waren sie nur handwerklich schlecht gemacht?

Landmann: Dass die Staatsverschuldung gestiegen ist, hatte einen anderen Grund. Zu oft diente das Argument der konjunkturellen Notwendigkeit als Alibi für höhere Staatsausgaben, die man aus anderen Gründen wollte. Konjunkturelle Aufschwungsphasen hat man nicht für die Haushaltssanierung genutzt.

BZ: Hätte die Bundesregierung in den vergangenen drei Aufschwungsjahren



Der bleichgewordene Abschwung: Die Höfe der Autobauer werden weltweit immer voller.

FOTO: BILDERBOX

den Haushalt ausgeglichen, hätte sie nun mehr Spielraum für ein Konjunkturpaket.

Landmann: Dieser letzte Aufschwung wurde nicht schlecht genutzt. Der Haushalt hat sich im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten merklich verbessert. Die Fehler, die uns in die hohe Verschuldung getrieben haben, liegen weiter zurück.

BZ: Wie muss der Finanzmarkt der Zukunft aussehen, dass sich derart wichtige Krisen nicht wiederholen? Oder wird es solche Krisen immer geben?

Landmann: Es wird immer Krisen geben. Das zeigt die gesamte Geschichte der Finanzmärkte. Die Wucht der aktuellen Krise ist eine Folge der inzwischen globalen Vernetzung der Märkte und deren unzureichende Regulierung. Die Finanzmärkte und die Regulierer befinden sich in einem Wettlauf, den die Regulierer nie endgültig gewinnen können. Dennoch müssen sie reagieren, auch wenn sie die Probleme nie ganz lösen werden. Es darf nicht sein, dass Risiken der Regulierung entzogen werden, indem sie aus den Bilanzen ausgelagert werden ...

BZ: ... in ausländische Töchter?

Landmann: Zum Beispiel, und in neue Finanzvehikel. Die Banken in den USA haben in sträflicher Weise leichtfertig Kredite für Immobilien vergeben, weil sie die Risiken sofort weiterreichen konnten. Da muss man eingreifen. Man muss die Banken zwingen, die Risiken so weit in den Büchern zu behalten, dass der Anreiz erhalten bleibt, nur noch Kredite zu vergeben, deren Risiken sie selbst beherrschen können. Wichtig ist auch, dass die Banken für riskante Geschäfte mehr Eigenkapital einsetzen müssen.

Eine solche Regulierung kann nur international gelingen. Sie muss aus dem nationalstaatlichen Rahmen herausgehoben werden – vielleicht, in dem man sie beim Internationalen Währungsfonds ansiedelt. Die nationalen Regulierer haben immer auch einen Wettbewerb der Finanzplätze im Auge. Sie zögern, ihren eigenen Finanzplatz zu stark zu regulieren

und damit seine Wachstumschancen zu schmälern. Wir sehen nun, wohin das führen kann.

Es gibt weitere Baustellen. Zum Beispiel die Rating-Agenturen, die die Risiken bewerten und auf deren Meinung sich alle stützen. Sie haben jämmerlich versagt, genauso wie bei der Asienkrise vor zehn Jahren. Rating-Agenturen verdienen an der Schaffung derselben Papiere mit, die sie bewerten. Das schafft fatale Anreize, die beseitigt werden müssen.

BZ: Soll der Staat die Vergütung von Managern vorschreiben?

Landmann: Es ist in der Tat ein Problem, wenn kurzfristig erzielte Gewinne die Grundlage für die Boni sind, ohne dass die damit verbundenen Risiken berücksichtigt werden. Hier sind aber nicht die Staaten gefordert, sondern die Eigner. Ich halte nichts von direkten staatlichen Eingriffen in die Entlohnung der Manager. Was die Politik aber machen sollte, ist, den Aktionär als Kontrolleur zu stärken ...

BZ: ... indem die gesamte Hauptversammlung über Managergehälter und Bonuszahlungen abstimmt?

Landmann: Das wäre nicht schlecht, allein deshalb, weil mehr Transparenz hergestellt würde.

BZ: Was halten Sie davon, einen TÜV einzuführen, der alle neuen Finanzprodukte im Vorfeld prüft und notfalls verbietet?

Landmann: Ich habe viel Sympathie für einen solchen TÜV, auch wenn ich ihm nicht wie dem Automobil-TÜV gestatten würde, einzelne Produkte zu verbieten. Es hat sich gezeigt, dass viele Finanzinstrumente so komplex geworden sind, dass selbst Profis nicht mehr verstanden haben, was sie gekauft haben. Wer ein neues Finanzprodukt auf den Markt bringen will, sollte beim TÜV offenlegen müssen, was genau drin ist, und welchen Risiken es ausgesetzt ist. Der Käufer muss wissen, was er kauft. Wenn er es weiß, sollte man ihm nicht verbieten, sich seine Finger daran zu verbrennen.



Oliver Landmann

FOTO: INGO SCHNEIDER